

## **Mitgliederversammlung der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (SKK) am 2. März 2024 im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin – Ergebnisprotokoll**

### **Tagesordnung:**

Top 1: Verständigung zur aktuellen politischen Lage (Situation der Linken, bevorstehende Wahlkämpfe, Kultur in der Linken) und den Konsequenzen für unsere Arbeitsgemeinschaft

Top 2: Wahlen der Sprecher\*innen der BAG und der Delegierten zum nächsten Parteitag

Top 3: Berichte aus den Ländern und Fraktionen, Diskussion zum kommunalpolitischen Papier

Top 4: Arbeitsplanung 2024

Top 5: Sonstiges

### **Top 1 Verständigung zur aktuellen politischen Lage (Situation der Linken, bevorstehende Wahlkämpfe, Kultur in der Linken)**

In der letzten Beratung der SKK war die Hoffnung geäußert worden, dass sich die Auseinandersetzungen innerhalb der LINKEN nach der Gründung des Bündnisses Sarah Wagenknecht etwas legen würden. Diese Hoffnung habe sich so nicht erfüllt, die Gräben sind tief, wurde konstatiert. Das habe nicht zuletzt die Wahl der Vorsitzenden der Gruppe im Bundestag gezeigt. Nach überwiegender Meinung der Anwesenden gab diese ein verheerendes Signal in die Öffentlichkeit. Es sei bisher nicht gelungen, öffentlich zu vermitteln, wofür die LINKE als Ganzes steht, stattdessen herrsche das Bild einer nach wie vor in grundsätzlichen Fragen zerstrittenen Partei vor. Es werde nicht genug deutlich, auf welche Schwerpunkte sich die Partei konzentriere. Immer neue Kampagnen helfen da nicht weiter – es bedarf einer klaren auf die Kernfragen konzentrierten Strategie und die muss vom Parteivorstand ausgehen. Was sind unsere wesentlichen klaren Botschaften? Das gilt es zu definieren.

Die LINKE wird derzeit den Erwartungen an sie als linke Oppositionskraft in diesen Krisenzeiten nicht gerecht. Auch auf kulturpolitischem Gebiet löst sie diese nicht ein. Desto wichtiger ist die Arbeit unserer Bundesarbeitsgemeinschaft, die wir nicht aufgeben dürfen. Es muss uns gelingen, innerhalb der Partei wieder eine Atmosphäre zu schaffen, in der offene Fragen sachlich und unvoreingenommen diskutiert werden können. Dafür brauchen wir offensichtlich mehr Zeit. Konfliktpunkte gibt es vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik wie auch in der Flüchtlingspolitik. Sie müssen ausgetragen und sachgerechte Konzepte entwickelt werden, ohne den ein oder anderen Standpunkt in der Debatte zu verteufeln. Es gibt positive Ansätze, teilweise Mitgliederzuwachs, gerade auch von Jüngeren, manche sind wegen Sarah gegangen und wieder gekommen, diese müssen wir aber auch einbinden und halten. Ob das Bündnis Sarah Wagenknecht seine Strategie durchhalten kann, ist fraglich, dafür sind die Widersprüche zu groß. Es bleibt die Frage, wo ist der Platz der LINKEN innerhalb des jetzigen Parteiengefüges. Ein zurück zur alten PDS und eine Neuerfindung als Ostpartei erscheint nicht als der richtige Weg. Die Welt ist eine andere und wir müssen zukunftsfähige Lösungen finden in der Friedensfrage, der Lösung der sozialen wie auch der ökologischen Probleme.

Fachliche, themenorientierte Arbeit in der Partei ist wichtig und oft unterschätzt. Es gilt die Expertise der Fachpolitiker\*innen der Partei, die wir in den verschiedenen Themenfeldern haben, stärker zu nutzen. Wir müssen z.B. die vorhandene Expertise im Kampf gegen Rechts nutzen und stärker in den Vordergrund stellen. Diese Expertise haben wir auch in der

Kulturpolitik, was uns von Künstlern und Verbänden bestätigt wird. Kultur und Kulturpolitik in der LINKEN gewinnt gerade jetzt an Bedeutung, nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit der AFD, die ja einen Kulturkampf führt. Ihrem Einfluss auch in den Online-Medien müssen wir etwas entgegensetzen

Wir können uns insgesamt nicht nur auf die Städte konzentrieren, müssen uns auch im ländlichen Raum stärker verankern. **Wir stehen vor der Europawahl, vor Landtags- und Kommunalwahlen.** Zeitgleich zu den Europawahlen finden 8 Kommunalwahlen statt, unsere Kräfte aber sind begrenzt. Wir müssen diese Wahlkämpfe miteinander verbinden.

Für den **Europawahlkampf** wurde ein **dreigeteiltes Material** produziert : „**Was tut die EU eigentlich für mich, für mein Dorf, für meine Stadt. Handreichung für Kommunen aus europapolitischer Perspektive**“, mit einem niedrigschwelligen Flyer, als Einstieg für Eilige, einer umfangreichen Handreichung, in der die einzelnen Themen durchdekliniert werden, sowie einer Power-Point-Präsentation, die die Handreichung zusammenfasst und die Möglichkeit bietet, selbst als Multiplikator\*innen tätig zu werden. Das Material wird zur Zeit öffentlich vorgestellt. Ist abrufbar auf [dielinke-europa.de](https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13617.was-tut-die-eu-eigentlich-für-mich-für-mein-dorf-für-meine-stadt.html) unter Publikationen. Hier der Link: <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13617.was-tut-die-eu-eigentlich-für-mich-für-mein-dorf-für-meine-stadt.html>

Informiert wurde auch über die letzte **Beratung der Zusammenschlüsse mit den beiden neuen kommissarischen Geschäftsführer\*innen Katina Schubert und Ates Gürpınar** in der es um die aktuelle politische Lage in Bezug auf die Wahlkämpfe und die sich daraus ergebenden Arbeitsvorhaben der Zusammenschlüsse ging. Deutlich wurde, dass die Situation der Partei nach wie vor sehr kompliziert ist. Es gibt aber auch positive Aspekte wie einen aktuellen Zuwachs an Neumitgliedern oder auch das Ergebnis der Wahlwiederholung vom 11. Februar in Berlin, wo wir sogar Stimmenzuwächse erzielen konnten. Einen Mitgliederzuwachs haben wir aber eher in den großen Städten und nicht in ländlichen Regionen.

Thema war auch die **Finanzplanung der Zusammenschlüsse**. Die SKK erhält laut Entwurf als BAG 1.943,71 Euro, etwas weniger als im letzten Jahr. Das ist angemessen, da die BAG auch etwas weniger Mitglieder hat. Von der prozentualen Kürzung von fast 60 % sind alle betroffen. Der endgültige Finanzplan wird am 16. März vom PV und am 23./24. März vom Bundesausschuss beschlossen.

Harald Wolf informierte darüber, dass der **Regisseur Volker Lösch** auf sie zugekommen sei, er möchte zur Europawahl und zu den Landtagswahlen **kulturpolitische Veranstaltungen** für eine starke Linke machen. Dabei inszeniere er Veranstaltungen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Sobald Näheres klar sei, werden wir informiert.

In der Debatte wurde auf die **Bedeutung von kulturellen Veranstaltungen der Linken und von Kulturbeiträgen z.B. auf den Parteitag** hingewiesen. Wir als SKK möchten uns auch gern mit Ideen und Vorschlägen einbringen. Gut finden wir es, jeweils auch lokale Künstler einzubinden. Das **Karl-Liebnecht-Haus** müsse ein offenes Haus und auch ein kultureller Ort sein. Die begonnenen Initiativen zur Öffnung des Hauses sollten fortgesetzt werden, die SKK wird sich nach Kräften daran beteiligen. Das „Café Rosa“ als einziger öffentlicher Ort des Hauses sollte unbedingt erhalten werden.

## **Top 2: Wahlen der Sprecher\*innen der BAG und der Delegierten zum nächsten Parteitag**

Zur **Neuwahl der BAG-Sprecher\*innen**, die laut unserer Satzung alle zwei Jahre erfolgen muss, kandidierten die vier bisherigen Sprecher\*innen: **Magdalena Depta-Wollenhaupt, Eva-Maria Glathe-Braun, Annette Mühlberg und Klaus-Dieter Stork**. Sie **wurden in offener Wahl einstimmig gewählt**. Zuvor hatten sie einvernehmlich die gute Zusammenarbeit in dieser Gruppe hervorgehoben und sich gewünscht, weiter so konstruktiv zusammenarbeiten zu können. Sie nahmen die Wahl an und dankten für das Vertrauen.

Zur Delegiertenwahl kandidierten wieder **Magdalena Depta-Wollenhaupt** als bisherige **Delegierte** und **Fabian Dickmeis** als **Ersatzdelegierter**. Sie **wurden ebenfalls in offener Abstimmung einstimmig gewählt**.

## **Top 3: Berichte aus den Ländern und Fraktionen**

### **Hessen:**

Der **Landesverband** steht vor einer neuen Situation. DIE LINKE ist nicht mehr im Landtag vertreten, das erschwert die Arbeit, viel muss ehrenamtlich übernommen werden, sie sind noch in der Phase der Neuorganisation. Der Landesverband wächst, nach dem Weggang von Sarah sind neue Mitglieder zu ihnen gekommen.

Leider ist die **Landesarbeitsgemeinschaft** kaum aktiv. Wenn die SKK das kommunalpolitische Papier verabschiedet haben, möchten sie es an die Stadtfaktionen verschicken und danach versuchen die LAG neu aufzustellen. Das ist nicht leicht, Kultur ist leider kein Hauptthema im Landesverband.

### **Berlin:**

Berlin ist vergleichsweise mit finanziellen Mitteln üppig ausgestattet, hat aber viele Probleme, eine dysfunktionale Verwaltung, gravierende Wohnungs- und Mietenprobleme, viele abgehängte Menschen, Kinderarmut. In der Kulturpolitik beschäftigte sie in jüngster Zeit vor allem der Umgang mit Formen von Antisemitismus. Seit dem 7. Oktober gibt es eine deutliche Zuspitzung in der öffentlichen Debatte, eine geradezu „asoziale Debattenkultur“. Bis jetzt ist es nicht gelungen eine Lösung zu finden. Der Versuch eine Antisemitismusklausel einzuführen war hilflos. Es ist falsch, zu versuchen etwas von oben einzuführen, was in der Gesellschaft nicht da ist. Etwas in die Verfassung zu schreiben nutzt nichts, wenn dies nicht durch eine gesellschaftliche Debatte begleitet wird. Sie werden auch mit jüdischen Künstlern in die Debatte gehen, bei ihnen wächst die Angst in den öffentlichen Raum zu gehen. Die Linksfraktion muss sich dazu noch positionieren.

Mit der neuen Regierung deutet sich ein Paradigmenwechsel an, Gelder wurden auch bisher bevorzugt für Prestigeprojekte vergeben, aber jetzt werden Mittel für soziale und verbindende Kulturorte mit einem Federstrich gestrichen oder umfunktioniert. Mit der Festlegung pauschaler Minderausgaben sind gerade die kleineren sozialen und kulturellen Orte bedroht.

Eines der größten Probleme, das wir als LINKE angehen sollten, ist die Frage, inwieweit Kultur inkludiert oder exkludiert. Leider haben wir zu wenig realistische Daten über kulturelle Teilhabe. Es gibt ein Institut für Teilhabe, sie fragen aber nur die ab, die schon teilhaben. Die Fragen sind, wie wir an mehr Erkenntnisse über Nicht-Teilhabende kommen können und wie sie integriert werden können. Welche Art der Kulturförderung bedarf es hierfür?

In der Diskussion wurde auf gute Beispiele zur Förderung von Teilhabe verwiesen, die teilweise im kommunalpolitischen Papier schon mit aufgeführt werden. Bibliotheken als dritte Orte und der 24/7-Gedanke sei unglaublich links und nicht nur utopisch, dafür gibt es Ansätze z.B. in Ulm.

Es wurde auf die Gefahr verwiesen, dass ein Großteil der Milliarde, die für die Förderung von Kunst und Kultur vorgesehen ist, allein von den Kosten für die Verwaltung geschluckt wird – analog zur Situation beim RBB. Es bleibe zu wenig Geld für die Freien, das sei in Berlin extrem und sollte im Blick behalten werden. Hingewiesen wurde auch auf das ernste Problem des Analphabetismus, auf die Situation des Buchhandels und der Bibliotheken, der Umgang mit dem Buch gehe zurück. Das Thema Armut interessiere beim Problem der kulturellen Teilhabe zu wenig. Wir sollten uns zu diesem Thema mit anderen AGs, z.B. Kinder und Jugend kurzschließen.

Leider ist die **LAG in Berlin** derzeit kaum aktiv. Wir sind mit dem derzeitigen Sprecher der LAG im Gespräch, wie diese wieder belebt werden kann.

### **Brandenburg:**

Es gab einiges Positives zu berichten, so ist die kulturpolitische Strategie vom Land mit tollem Beteiligungsprozess (7 regionale Kulturkonferenzen) fast fertig. Das Programm der kulturellen Ankerpunkte hatte DIE LINKE (damals noch in Regierung) mit auf den Weg gebracht, mit dem kulturelle Einrichtungen speziell gefördert werden z.B. das „Traumschiff“ in Oranienburg. Das Musikschulgesetz wird derzeit evaluiert. Das niedrigschwellige Klasse-Musik-Projekt läuft über zwei Jahre, dann gibt es eine große Veranstaltung zum Abschluss. Das Projekt ist ein gutes Beispiel für Teilhabe, denn die Besucher kommen nicht zuletzt wegen ihrer Kinder. Ein Antrag zum Karfreitagstanzverbot im Landtag hat einen Aufschrei hervorgerufen. Es sei nicht so günstig, sich derzeit mit den Kirchen anzulegen. Durch Energienachzahlungen kommen viele kulturelle Einrichtungen ins Straucheln, da brauchen wir linke Antworten.

Die **LAG Brandenburg** ist leider noch nicht auf dem Weg, sie ist nach dem Versuch eines Neustarts wieder zusammengebrochen.

### **Europäisches Parlament:**

Im Europäischen Kulturausschuss waren die **Halbzeitüberprüfungen** u.a. der **Programme Erasmus+, Kreatives Europa, Solidaritätskorps** Thema. Dazu gab es sowohl Berichte im Ausschuss, als auch Studien von der Kommission. Deutlich wurden Probleme bei der Umsetzung. Hier der Link zu allen derzeit vorgelegten Studien und Daten, das meiste ist auf englisch, aber manche Zusammenfassungen sind auch auf Deutsch:

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/cult/supporting-analyses/latest-documents>

Am 22. 2. 2024 fand die **Konferenz „Bildung, Inklusion und der Kampf gegen Rassismus“** statt. Die Perspektiven aus den drei EU-Mitgliedstaaten Zypern, Griechenland und Deutschland spannten einen weiten Bogen, was bildungspolitisch alles zu stemmen ist, wenn man inklusive Konzepte wirklich durchsetzen und tatsächlich niemanden in der Bildung zurücklassen will. Aufschlussreich war hier vor allem der Bericht von Sofia Vlachou, der griechischen Koordinatorin der Bildung für Kinder von Geflüchteten, die – wenn überhaupt – unter gefängnisähnlichen Bedingungen stattfinden. **Ausführlich dazu in „Martinus Woche 8\_2024“**. Hier der Link: <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13682.martinus-woche-8-2024-bildung-gegen-rassismus-europa-vor-den-wahlen.html>

## **Meinungsbildung zum kulturpolitischen Papier**

Das Papier ist als Handreichung für die Kommunal- und Kulturpolitiker\*innen der LINKEN gedacht. **Der Entwurf wurde einvernehmlich als ein guter Aufschlag bezeichnet.** In der Debatte und vorher eingegangenen Mails, die in die Diskussion einfließen, wurde eine ganze Reihe von **Hinweisen zur Überarbeitung des Textes gegeben.**

Es wurde darauf hin gewiesen, dass das **sächsische Kulturraumgesetz** aufgrund der Spezifik (Räume auf Grundlage von Sprachräumen etc.) eben gerade nicht übertragbar ist auf andere Länder. Deshalb wäre es sinnvoller, von **Kulturförderungsgesetzen** oder **Kulturrahmengesetzen** zu sprechen. Demgegenüber wurde auf den praktischen Wert des damaligen Kulturraumgesetzes hingewiesen. Der Kern des Gesetzes war, zu definieren, was von Kommunen und Land gemeinsam zu finanzieren ist. Das sei ein enormer Fortschritt für die Planbarkeit und Sicherheit von Kulturinstitutionen gewesen. Es war zudem eine Empfehlung der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland, der wir uns als LINKE angeschlossen haben. Da ging es nicht um eine Kopie in anderen Ländern, sondern um spezifische gesetzliche Regelungen, die den Kultureinrichtungen Planungssicherheit geben, um so etwas wie eine „Pflichtaufgabe Kultur“. Insofern haben wir für Kulturförderungsgesetze bzw. Kulturrahmengesetze in den Ländern plädiert.

Angeregt wurde, die „**Pflichtaufgabe Kultur**“ bzw. das „**Staatsziel Kultur**“ ins Papier mit aufzunehmen, denn Kultur sei als in der Regel „freiwillige Aufgabe“ der Kommunen von Kürzungen bei schwieriger Haushaltslage in besonderer Weise betroffen.

Zum Thema „**Freiheit der Kunst**“ wurde eine Konkretisierung vorgeschlagen, die verdeutlicht, dass gerade Politiker\*innen Künstler\*innen nicht reinreden sollen. Unbedingt sollten wir die herausragende Rolle von Vereinen bei der Sicherstellung von Kultur benennen und hervorheben.

Bei der Förderung von Kunst im öffentlichen Raum bzw. am Bau wurde vorgeschlagen diese a) verstärkt an einen gewissen Prozentsatz des Bauvolumens zu koppeln (gab es in der DDR und gibt es heute abgespeckt auch, wird aber häufig unterlaufen), und b) den Rahmen dafür zu konkretisieren. Zur DDR-Kunst, vor allem im öffentlichen Raum, sollte hinzu gefügt werden, dass auch "noch nicht so alte Kunst", Kunst ist und diese erhaltenswert sei.

In der Diskussion wurde auf weitere wichtige Themen hingewiesen –wie z.B. auf das Thema Mobilität, die Vernetzung zwischen städtischen und ländlichen Räumen, die Bereitstellung von Räumen für die öffentliche Nutzung - ohne Konsumzwang.

Angemahnt wurde eine **sprachliche Überarbeitung**, bei der komplizierte Begriffe reduziert werden. Der Einstieg sollte eher positiv sein - Kultur als Bereicherung, als Lebensqualität. Wir sollten die Breite kommunale Kultur verdeutlichen. Auch über die Länge wurde diskutiert, als interne Handreichung sollte es aber nicht gekürzt werden, eventuell wird später eine Kurzfassung produziert.

**Weiteres Vorgehen:** Für die **Überarbeitung** wurde festgehalten, dass alle Anregungen zunächst ins Protokoll aufgenommen werden. **Die BAG-Sprecher\*innen schicken dann eine überarbeitete Fassung über den Verteiler der SKK. Zeitnah wird über den Verteiler der Sprecher\*innen zu einer Videokonferenz der SKK eingeladen**, in der auch alle, die zur

Beratung nicht dabei sein konnten, ihre Meinung zum Text äußern können. Danach wird über das weitere Vorgehen entschieden. **Es wird zunächst ein Papier der SKK, das auf unseren Seiten auch online veröffentlicht wird und auch breit kommuniziert werden sollte.**

#### **Top 4: Arbeitsplanung 2024**

Angesichts der komplizierten Situation müssen wir unsere Kräfte bündeln. Wie schon beschlossen, wollen wir die SKK-Beratungen zusammen an einem Termin mit den Fraktionssprecher\*innen und Mitarbeiter\*innen der Länder durchführen (formal getrennt, wegen der unterschiedlichen Finanzierungswege und Kompetenzen, aber dennoch gemeinsam mit einer „Länderrunde“).

Zeitnah wird eine Videokonferenz der SKK gemeinsam mit den kulturpolitischen Sprecher\*innen der Länder und so möglich auch Kommunalvertreter\*innen stattfinden, in der wir erneut über das **kommunalpolitische Papier** sprechen.

**Vierteljährlich** werden **Beratungen der Sprecher\*innen der SKK und der Fraktionen** durchgeführt, **in der Regel als Videokonferenz.**

Wir planen eine **Beratung vor Ort in einer Kommune**, z.B. bei Eva-Maria Kröger in Rostock, wünschenswert wäre dort auch eine öffentliche Veranstaltung zu unserem kommunalpolitischen Papier.

**Wichtige Themen**, die wir in unseren Beratungen bzw. Veranstaltungen behandeln sind vor allem: „**Cancel cultur**“ (kulturelle Aneignung), **Teilhabe** auch von jenen, die bisher nicht teilhaben und der „**rechte Kulturkampf**“ (Besetzung des Begriffs, Besetzung der Räume, großes Thema, es gibt ja die These, wir hätten ihn schon verloren).

Wir wollen uns **stärker in Verbänden und Vereinen engagieren**, z.B. **in der Kulturpolitischen Gesellschaft**, in der wir seit langem Mitglied sind, und Einladungen in den letzten Jahren nicht mehr wahrgenommen haben. Das soll sich ändern. So werden z.B. zweijährlich große Kongresse veranstaltet, mit interessanten Themen, Annette wird die Einladungen rumschicken.

Auch bei der „**Bundesvereinigung kulturelle Teilhabe**“ sollten wir uns stärker einbringen und mit der **GDBA (der Genossenschaft der deutschen Bühnenarbeiter)** in Kontakt bleiben.

Überlegen sollten wir auch **spontane Einladungen per Video bei aktuellen Themen**, damit wir uns als SKK dazu öffentlich äußern können.

#### **Top 5: Sonstiges**

Am 8. und 9. März findet in Stuttgart die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung kulturelle Teilhabe statt. Wir werden vertreten sein.

In der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird derzeit eine Ausstellung zu Bertolt Brecht präsentiert: Bertolt Brechts Paper War. Zeitung lesen im Exil - Amerika 1941-1947.

[https://www.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/1JX18/paper-war?cHash=8fab3ef21b570587491ccb6e94583cec](https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/1JX18/paper-war?cHash=8fab3ef21b570587491ccb6e94583cec)

f.d.R. Annette Mühlberg